



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Masterplan zur Sicherung der Schulbildung in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Durch den Lehrkräftemangel und die damit verbundene stetige Reduzierung der Bildungsangebote werden die individuellen Perspektiven und Karrieremöglichkeiten der Schüler*innen ebenso gefährdet, wie die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes insgesamt.
2. Die wachsende Differenz im Unterrichtsangebot zwischen den Schulen der Sekundarstufe I - Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen - auf der einen Seite und den Schulen der Sekundarstufe II - Gymnasien und Gesamtschulen - auf der anderen Seite sind in hohem Maße besorgniserregend. Der Rückgang des Bildungsangebotes an den Schulen der Sekundarstufe I muss dringend gestoppt und der Rückstand zu den Schulen der Sekundarstufe II muss wieder aufgeholt werden. Eine Verfestigung der Disparität zwischen den Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II birgt großen sozialen Sprengstoff.
3. Die bisher von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen sind nicht ausreichend, um dem sinkenden Bildungsangebot an den Schulen der Sekundarstufe I wirksam entgegenzuwirken. Insbesondere müssen die Planungen für die Lehrausbildung und den künftigen Personaleinsatz, die bisher von sinkenden Schülerzahlen ausgehen, grundlegend korrigiert werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend einen „Masterplan zur Sicherung der Schulbildung“ zu erarbeiten und zügig umzusetzen. Dieser sollte mindestens die folgenden Maßnahmen enthalten:

Kurzfristig wirkende Maßnahmen:

1. Erhöhung der Anzahl von Pädagogischen Mitarbeiter*innen von 1.900 auf 2.300 Vollzeitstellen zum Einsatz in Grund-, Förder- und Ganztagschulen,
2. Einrichtung eines Landesprogramms zur Schulsozialarbeit zusätzlich zum ESF-Programm im Umfang von mindestens 400 Dauerstellen ab dem Schuljahr 2023/24,
3. Schaffung einer konkurrenzfähigen Bezahlung für Grundschullehrkräfte in der Besoldungsgruppe A13,
4. Zahlung von Anwärtersonderbezügen in allen Mangelbereichen in Verbindung mit vertraglichen Angeboten/Verpflichtungen für die anschließende Beschäftigung an der Ausbildungsschule durch den Abschluss von Vorverträgen mit den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst,
5. Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Einsatz von Seiteneinsteigern u. a. durch die Unterstützung durch Mentoren und den Schutz vor fachfremdem Einsatz,
6. Einführung eines berufspädagogisch angeleiteten berufspraktischen Unterrichtes durch qualifizierte Träger der beruflichen Erwachsenenbildung bzw. durch berufsbildende Schulen (ein Tag je Unterrichtswoche mindestens in den Schuljahrgängen 8 und 9) in allen Schulen der Sekundarstufe I,
7. Organisation von Unterrichtsangeboten auch in originären Fächern der Stundentafel durch anerkannte Träger der Erwachsenenbildung.

Mittelfristig wirkende Maßnahmen:

1. Entwicklung eines umfassenden Programms zur Qualifizierung aller Seiteneinsteiger*innen mit dem Ziel des Erwerbs einer vollständigen Lehramtsausbildung (2. Staatsexamen); dafür Schaffung der laufbahn- und besoldungsrechtlichen Voraussetzung für die Gleichbehandlung von Seiteneinsteigern mit nur einem Fach,
2. Beschleunigte Umwandlung von Sekundarschulen in Gemeinschaftsschulen zur Verbesserung des Lehrkräfteeinsatzes und Stärkung der Schulform Gemeinschaftsschule.

Langfristig wirkende Maßnahmen:

1. Sicherung eines dauerhaften Studienangebotes in der Lehramtsausbildung an der MLU Halle-Wittenberg für 1.000 Erstsemester und Erweiterung des Studienangebotes in der Lehramtsausbildung an der OvGU auf 500 Erstsemester, davon an der OvGU 100 Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen und 300 Studienplätze für die weiterführenden Schulen, vorzugsweise in den MINT-Fächern und weiteren Fächern der allgemeinbildenden Schulen, die im Rahmen der Ausbildung im Lehramt an berufsbildenden Schulen angeboten werden.

2. Bedarfsorientierte Steuerung der Fächerwahl durch eine stärkere Reglementierung von Zweit- und Ergänzungsfächern,
3. Schaffung von deutlich mehr lehramtsspezifischen Lehrangeboten in der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Lehramtsstudium,
4. Einführung eines gemeinsamen Lehramtes für die Sekundarstufen I + II (Lehramt für Gymnasien und für weiterführende Schulen).

Begründung

Der Lehrkräftemangel in Sachsen-Anhalt, insbesondere in den Schulen der Sekundarstufe I - Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen, hat durch die verfehlten Bedarfsprognosen seit 2007 und die darauf begründete Reduzierung der Lehramtsausbildung an der OvGU in Magdeburg und der MLU in Halle ein Maß erreicht, dass die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt und die individuellen Entwicklungsperspektiven zehntausender Schülerinnen und Schüler massiv bedroht.

Es gelingt der Landesregierung bisher nicht, den Niedergang der Lehrkräfteversorgung zu stoppen oder gar die bereits entstandenen Lücken wieder zu schließen. Nach den derzeit absehbaren Rahmendaten muss im Gegenteil damit gerechnet werden, dass bei Fortsetzung der aktuellen Personalpolitik ohne eine Erweiterung der bisher ergriffenen Maßnahmen in den kommenden Jahren immer neue Tiefpunkte im schulischen Bildungsangebot zu verzeichnen sind.

Die schnell und beständig wachsende Differenz in der Unterrichtsversorgung zwischen den Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II, am stärksten zwischen den zentralen Schulformen den Sekundarschulen auf der einen und den Gymnasien auf der anderen Seite verschärfen die ohnehin bestehende Bildungsungerechtigkeit im gegliederten Schulsystem. Hinzu kommt eine immer stärkere Disparität zwischen den Regionen des Landes - zulasten der Landkreise im Norden und Osten des Landes. Die Bekämpfung des Mangels muss deshalb in das Zentrum aller politischen und administrativen Anstrengungen gerückt werden.

Aufgrund des immer weiter schrumpfenden Bildungsangebotes sind die Sekundarschulen immer weniger in der Lage, die Erwartungen an eine mittlere Reife (Realschulabschluss) ihrer Absolvent*innen zu erfüllen. Immer mehr Sekundarschulen bewegen sich im Hinblick auf das noch realisierbare Bildungsangebot inzwischen auf dem Niveau von Hauptschulen. Wenn diese Entwicklung nicht zeitnah gestoppt wird, kann diese Schulform im gegliederten Schulsystem nicht auf Dauer bestehen. Das zeigen alle bisherigen Entwicklungen rund um die in der Vergangenheit aufgelösten Hauptschulen in westlichen Bundesländern. Ein derart reduziertes Angebot ist für die Masse der Schüler*innen, die diese Schulform besuchen, unzureichend und nicht zukunftsfähig.

Neben kurzfristig wirkenden Maßnahmen der Personalgewinnung kommt es für eine mittel- und langfristig wirkende Problemlösung darauf an, die Fehler in der Lehramtsausbildung an den beiden Universitäten des Landes zu korrigieren. Das betrifft insbesondere die Wiederaufnahme der Lehramtsausbildung an der OvGU in Magdeburg, die bessere Fächersteuerung, die den prognostizierten Bedarf nicht länger ignoriert, und die deutlich stärkere Ausrichtung der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Lehramtsstudium am Studienziel. Es muss gelingen, die viel zu geringe Studienerfolgsquote im Lehramtsstudium vor allem an der MLU in Halle schnellstmöglich zu steigern.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz